

GESAMTPERSONALRAT AKTUELL

Mitteilungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Personalräte und Frauenbeauftragten der bremischen Verwaltungen und Betriebe



Auskunft erteilt: Burckhard Radtke
Telefon: 361 2629

-Rundschreiben Nr. 20 vom 12. Juni 2009

Bewirtschaftungsmaßnahmen im Haushaltsvollzug 2009 hier: Senatsbeschluss zu den Regularien der Bewirtschaftungsmaßnahmen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Senat hat am 9. Juni 2009 Kürzungen von insgesamt 9,25 Mio. Euro im Haushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen beschlossen. Die Einsparungen setzen sich wie folgt zusammen:

1. Der Vollzug der Beförderungen wird auf den 1. Januar 2010 verschoben (450.000 Euro).
2. Einsparungen von 10 % der sächlichen Verwaltungsausgaben (8,8 Mio. Euro). Die Kürzungsbeträge werden anteilig auf die jeweiligen Produktpläne umgelegt (s. Bl. 3 der Vorlage für die Sitzung des Senats am 9. Juni 2009). Bis zum vollständigen und realistischen produktplanbezogenen Nachweis des jeweiligen Kürzungsbetrages gegenüber der Senatorin für Finanzen und einem anschließenden Aufhebungsbeschluss des Senats greifen Bewirtschaftungsmaßnahmen. Detailregelungen zu den Regularien der Bewirtschaftungsmaßnahmen können der Anlage entnommen werden.

Der Gesamtpersonalrat hat sich im Vorfeld des Beschlusses an den Präsidenten des Senats Jens Böhrnsen und die Senatorin für Finanzen Karoline Linnert gewandt, um Einfluss zu nehmen. Wir haben darauf hingewiesen, dass es aus der Sicht der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen zwingend notwendig ist, Maßnahmen der Personalgewinnung und -entwicklung sowie der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Dienstleistungsqualität von der Haushaltssperre auszunehmen. Nur so kann nach Jahren der Kürzungspolitik die Funktionsfähigkeit und die Zukunft des bremischen öffentlichen Dienstes gesichert werden.

Der Beschluss des Senats lässt durch die Bestimmung von Ausnahmereichen erkennen, dass zentrale zukunftsorientierte Aufgabenfelder nicht gefährdet werden sollen. Teile der



durch den Gesamtpersonrat und die örtlichen Personalräte erhobenen Bedenken wurden bei der Entscheidung berücksichtigt.

Besonders kritisch sieht der Gesamtpersonrat die Verschiebung der Beförderungen um drei Monate auf den 1. Januar 2010. Damit müssen erneut die Beamtinnen und Beamten ein „Sparopfer“ zugunsten des bremischen Haushalts erbringen. Ein zusätzliches Problem sind dabei die möglichen Folgewirkungen. Bei einer vorgeschriebenen zweijährigen Wartezeit bis zu einer nächsten möglichen Beförderung entsteht die Situation, dass bei dem nächsten möglichen Beförderungstermin (in zwei Jahren) die Wartezeiten nicht erfüllt sind, da die letzte Beförderung erst 1 Jahr und 9 Monate zurückliegt. Hierdurch würde sich die Wartezeit um ein weiteres Jahr verlängern. Das hätte negative Folgen für die berufliche Entwicklung der Betroffenen. Ein weiteres Problem liegt darin, dass Beamtinnen und Beamte zwei Jahre vor dem Ruhestand befördert sein müssen, damit sich diese Beförderung auf die Pensionsansprüche auswirkt.

Wir haben bereits darauf hingewirkt, dass diese negativen Auswirkungen nicht eintreten. Die Senatorin für Finanzen hat eine Lösung zugesagt.

Bei dem jetzigen Senatsbeschluss geht es vor dem Hintergrund des Umfangs eines erforderlichen Nachtragshaushalts um eine vergleichsweise geringe Kürzungsvorgabe. Aber auch die jetzt beschlossene Kürzung wird für einige Bereiche nur mit Problemen zu erbringen sein. Der Gesamtpersonrat sieht insbesondere für die Zukunft (Stichwort Föderalismuskommission II) große Probleme auf die Funktionsfähigkeit und die Dienstleistungsqualität des bremischen öffentlichen Dienstes zukommen.

Für die örtlichen Personalräte ergibt sich jetzt die Notwendigkeit, über die Dienststellen- bzw. die Ressortleitungen auf die Umsetzung des Senatsbeschlusses einzuwirken. Grundlage hierzu ist der § 67 Bremisches Personalvertretungsgesetz. Es ist darauf zu achten, dass die Kürzungen nicht die notwendigen Einstellungen, Fortbildungen, Gesundheitsmanagement, Arbeitsschutz etc. betreffen oder die Arbeit der Personalvertretungen beeinträchtigen.

Bitte informiert uns über eure Aktivitäten. Wir werden unseren Arbeitskreis „Zukunftssicherung öffentlicher Dienstleistungen“ zum weiteren Austausch nutzen.

Mit kollegialen Grüßen

Doris Hülsmeier
Vorsitzende

Anlage